

Der gläserne Bürger

Sehenden Auges in den Überwachungsstaat?

Während Google-Streetview ein Top-Medienthema ist, schleichen sich viel umfassendere Überwachungsmaßnahmen in unseren Alltag ein. Beginnend mit der freiwilligen Datenabgabe über Kundenkarten, die sozialen Netzwerke im Internet auch über Serviceangebote, die reizen, die eigenen Koordinaten preis zu geben. Schüler werden schon in der Grundschule dazu verführt, ihre Daten in das sog. Leseförderprogramm Antolin einzugeben und unkritisch mit den neuen Medien umzugehen. Aber auch Erwachsene gehen zu oft zu unbedarft mit ihren Daten um, nach der naiven Vorstellung, man habe ja nichts zu verbergen. Als wäre Datenschutz eine Art Kriminellenschutz. Diese ist jedoch der Garant für bürgerliche Freiheiten und demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten, wie es Dr. Alexander Dix (www.datenschutz-berlin.de) vertritt.

Ilja Trojanow und Julie Zeh beschreiben die aktuellen Entwicklungen in ihrem Buch "Angriff auf die Freiheit". Wie auch die Liga für Menschenrechte wundern sie sich über die Hinnahme und fehlende Selbstreflexion in Deutschland: Während man die Demokratie in die Welt hinaustragen möchte, übersieht man leicht die Gefahren für dieselbe hier vor Ort. Bisher habe sich das Bundesverfassungsgericht als Fels in der Brandung erwiesen. Aber einige Politiker beeindruckt das wenig. Abgelehnte Gesetzentwürfe kommen nicht selten umformuliert über die EU zurück. Nüchtern stellen Zeh und Trojanow fest: Man benötigt keine Diktatur für die Etablierung eines Überwachungsstaates. Ein aufschlussreiches Interview zum Thema findet sich auf <http://chaosradio.ccc.de/cre135.html>.

Es gibt genug Hinweise auf ein Netz von Kontrollmöglichkeiten, weit über die Gewöhnung an den Internetexhibitionismus hinaus. Wenn einer meiner Bekannten das Angebot von Facebook annimmt und sein gesamtes Adressbuch hochlädt, dann kann Facebook über alle Daten verfügen, auch eventuell über meine oder Ihre und ohne jede Zustimmung. Immer wieder erschrecken neue Nachrichtenfetzen, wie zum Beispiel das sog. Swiftabkommen oder die Datenübermittlung bei Auslandsflügen. Nicht nur Google kann also der Datensammelwut bezichtigt werden, wie diese Internetaktion deutlich machen möchte (Link zu <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/27/27758/1.html>). In den Reigen gehören mindestens noch der Nacktscanner, die sog. Gesundheitskarte, der elektronische Personalausweis, ja sogar Flattr und andere Micropaymentsysteme und last not least die Steueridentifikationsnummer. Gerade letztere, mit der Geburt bereits vergeben,

könnte der zentrale Datensammelpunkt eines jeden Menschen in Deutschland – und darüber hinaus? – werden. Da schreckt der für 2011 geplante Zensus vermutlich nur noch wenige. Allerdings soll hier eine Auskunftsverweigerung mal eben 5000,- Euro kosten.

Im Vergleich zu bekannten Diktaturen, ist das Überwachungspotential heute allein durch die Technik bereits viel größer als es je war, so Zeh und Trojanow. Und es beginnt vor der eigenen Haustür – mit Kameras an der nächsten Ampelkreuzung, die angeblich nur akustisch den Verkehr überwachen und dem Verkehrsfluss dienen sollen. Warum dann aber mit auf die Fahrer gerichteten Bildaufnahmegeräten?!



[Foto: IMV Erlangen]

Die Demokratie setzt Freiheit voraus. Überwachungsstaat und ein demokratisches Gemeinwesen schließen sich aus – Überwachung als „Schutz“ zu verkaufen, ist ein Trick. Freiheit bedeutet nämlich nicht, alles von sich preis zu geben. Bürgerfreiheit und Bürgerverantwortung für das Gemeinwesen gehören eng zusammen. Die „informationelle Selbstbestimmung“ ist damit die wichtigste Voraussetzung, dass Bürger sich gemäß dem Verfassungsgedanken in das Gemeinwesen einbringen können. Und was google anbelangt, sollte man sich genau überlegen, ob man das Einspruchs-Formular ausfüllt und seine Adressdaten noch den Straßenaufnahmen hinzufügt. Sie würden dann zwar nicht veröffentlicht, aber google hätte sie.